



## **Katja Keul**

Mitglied des Deutschen Bundestages  
BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN



## **Kerstin Tack**

Mitglied des Deutschen Bundestages  
SPD - Bundestagsfraktion

### **Reisebericht Algerien 18.01.-20.01.2016**

#### **Hintergrund:**

Bei der letzten Delegationsreise der Parlamentariergruppe Maghreb in Algerien im Februar 2015 hatten uns das Flüchtlingshilfswerk der Vereinten Nationen (UNHCR) und die Welthungerhilfe auf die dramatische humanitäre Situation in den Flüchtlingslagern der Saharais aufmerksam gemacht. Aufgrund der zahlreichen weltweiten Flüchtlinge habe man nicht mehr ausreichend Mittel und müsste die Lebensmittelrationen pro Person herabsetzen.

Hinzu kam dann im Herbst noch eine Flut, wie sie in der Wüste nur alle 10 Jahre vorkommt. Auf Nachfrage beim Gesandten der Polisario in Deutschland, Herrn Brahim, erhielten die Abgeordneten Kerstin Tack und Katja Keul dann eine Einladung des Parlamentspräsidenten für einen Besuch vor Ort, die wir gerne annahmen.

**Saharais:** Bewohner der Westsahara, ehemals spanische Kolonie

**Polisario:** politische Organisation für die Unabhängigkeit der Westsahara, die auch international als Vertretung des saharaischen Volkes anerkannt wird. So hat die Polisario im Dezember in erster Instanz vor dem Europäischen Gerichtshof (EuGH) mit ihrer Klage gegen das Handelsabkommen der EU mit Marokko gewonnen, in das die besetzten Gebiete der Westsahara einbezogen sind.

**Besetzte Gebiete:**

2/3 der Westsahara, der westliche Teil einschließlich der Küste sind seit 1975 von Marokko besetzt

**Befreite Gebiete:**

1/3 des Landesinneren ist durch einen 2700 km langen Grenzwall vom Rest getrennt. Hier leben noch einige Tausend Saharais als Nomaden. Die genaue Zahl ist unbekannt.

Anreise 17.01.2016

10:00 Abflug Frankfurt – Algier (2 Stunden)

15:35 Abflug Algier- Oran (1 Stunde)

21:45 Abflug Oran- Tindouf (2,5 Stunden)

Ab Tindouf mit dem Auto ca. 45 Minuten nach Rabouni (Gästehaus)

**Montag, 18.01.2016**

Gesprächspartner:

Präsident des saharischen Parlaments, Jatri Aduh

Gouverneur des größten Lagers Smara, Salem Lebsir

Minister für Bildung, Mohamed Moulod

Minister für Zusammenarbeit, Bulahi Siyid

Minister für Gesundheit, Mohamed Daddi

Präsident des roten Halbmondes, Yahia Bouhouboini

Besichtigung:

Mittelschule, Integrationsschule für Behinderte und Regionalkrankenhaus

Gesprächsinhalte:

Der Parlamentspräsident nimmt sich an beiden Tagen Zeit für uns.

Zu Beginn erläutert er, warum es den Saharais wichtig ist, alle notwendigen Institutionen für einen funktionierenden, selbständigen Staat aufzubauen und demokratische Verfahren zu pflegen. Sie stellten damit unter Beweis, dass sie in der Lage sind, einen eigenen demokratischen Staat zu führen. Aus diesem Grund habe man auch von Beginn an, d.h. seit 1975, einen hohen Bildungsgrad zum Programm gemacht.

Dass es derzeit kein Mehrparteiensystem gibt, liege allein daran, dass alle derzeit noch ein einziges Ziel und damit dasselbe Programm haben: die Unabhängigkeit ihres Landes. Sobald dieses Ziel einmal erreicht sei, könnten sich dann unterschiedliche Parteiprogramme entwickeln.

Unser Besuch fällt in die Zeit zwischen dem Wechsel an der Spitze der Exekutive der politischen Führung (Polisario) und der Neuwahl des Parlamentes im März dieses Jahres. Er selbst beabsichtigt, wieder anzutreten.

Das Parlament besteht aus 53 Abgeordneten von denen 70 % unter 40 Jahre alt sind, 55 % eine akademische Ausbildung haben und 32 % Frauen sind.

Der Gouverneur von Smara ist aufgrund des Führungswechsels ebenso wie die meisten Minister, die wir sprechen, erst neu ins Amt gewählt.

Die Wahl der Gouverneure erfolgt durch den Kongress der Polisario, der Anfang des Jahres zusammen gekommen ist.

Der Kongress besteht zu 50 % aus Frauen und 4 davon seien auch zu Ministerinnen gewählt worden. (Es gelingt uns allerdings auch in folgenden Gespräch nicht herauszufinden, welche 4 Ministerien das denn konkret sind.)

Die Schäden durch die Flut im Herbst seien etwa zu 40 % behoben. Am schlimmsten seien die Schäden in dem abgelegensten Lager Dhakla, 180 km südlich von der Hauptverwaltung in Rabouni. Der UNHCR und der algerische Staat hätten sie sehr unterstützt. Dennoch würden viele Familien noch in Zelten leben.

Die Schäden an den Gebäuden sind auch bei unserem Besuch von Schulen und beim Krankenhaus der Wilaya Smara auf den ersten Blick weithin deutlich zu erkennen.

#### Zum politischen Konflikt:

Zwischen 2007 und 2012 hat es 13 Verhandlungsrunden zwischen Marokko und der Polisario gegeben ohne Ergebnis. Selber haben man sich dazu bereit erklärt, 3 Optionen für das Referendum zu akzeptieren: die Integration in den marokkanischen Staat, eine regionale Autonomie oder eben die Unabhängigkeit. Marokko hat sich allerdings immer wieder geweigert, irgendeine Option jenseits der regionalen Autonomie zuzulassen.



Der Westsahara-Konflikt: Flüchtlingslager in Algerien, verminte Gebiete, eine Wallanlage trennt das marokkanisch besetzte Gebiet ab.

Seit 2012 gibt es keine direkten Verhandlungen mehr. Der Gesandte des UN-Generalsekretärs, Christopher Cross, hat seitdem mehrfach beide Seiten besucht, um wenigstens die Pendeldiplomatie am Leben zu halten. Es wurde ihm jedoch immer wieder die Einreise in die besetzten Gebiete durch Marokko verwehrt. Nunmehr ist der Besuch von UN-Generalsekretär Ban Ki Moon selbst angekündigt, in den die Saharaui sehr viel Hoffnung setzen. Leider wurde dieser Besuch bereits mehrfach verschoben, so dass unklar ist, ob er jetzt im März wirklich kommt.

Der Parlamentspräsident erklärt uns, dass die Polisario an mehreren Fronten zu kämpfen hat:

- einmal gegen die Besetzung ihres Landes durch Marokko;
- zweitens gegen die Gleichgültigkeit der internationalen Gemeinschaft
- und drittens gegen die interne Opposition, die zum bewaffneten Widerstand zurückkehren will.

Nach wie vor verfügt die Polisario über Streitkräfte, die sich seit 1991 an den Waffenstillstand halten. Die jüngere Generation argumentiere nun damit, man habe die internationalen Zusagen von damals schließlich auch nur durch bewaffneten Kampf durchsetzen können und wer nicht kämpfe, würde ganz offensichtlich von der Weltöffentlichkeit vergessen.

Von den Reformen des neuen Königs in Marokko hält er nicht wirklich viel.

Auch nach der neuen Verfassung von 2011 sei der König letztlich der Souverän und der neue Premierminister nur eine Fassade. Die Zivilgesellschaft komme nach wie vor nicht wirklich vor.

Der Vater Hasan II sei zwar ein harter Gegner gewesen – allerdings habe er vor seinem Tod die Tatsache, dass an einem Referendum kein Weg vorbei führe, akzeptiert. Mit ihm wäre man heute - nach seiner Einschätzung - schon weiter gekommen.

Der Minister für Zusammenarbeit weist uns daraufhin, dass wir doch auch lange Jahre als Volk durch eine Mauer getrennt worden waren und daher mit ihnen was gemeinsam hätten. Er hoffe sehr auf Deutschland bei der Suche nach einer politischen Lösung.

### Bildung:

Der hohe Akademisierungsgrad der Saharais hängt damit zusammen, dass Schülerinnen und Schüler und Studierende aus den Lagern seit 1976 kostenlos in Algerien zur Schule gehen und studieren können. Die Stipendien vergibt die algerische Regierung strikt nach Notendurchschnitt.

Früher besuchten die Kinder ab 12 ein Internat in Algerien. Heute können sie bis 16 in den Lagern selbst zur Schule gehen.

Es gibt in Algerien sogar spezielle Internate und Ausbildungszentren für die Saharais. Bis 2012 galt das auch für Libyen und Kuba.

Über die Mittelschulen hinaus gibt es in den Lagern selbst inzwischen auch ein Gymnasium, an dem kubanische Lehrer unterrichten, zwei Internate und ein Lehrerausbildungszentrum.

Dennoch sei gerade die Aus- und Fortbildung der Lehrer sehr schwierig. Es fehle an Büchern und Infrastruktur. Da alle Arbeiten im Lager mehr oder weniger ehrenamtlich erfolgen und keine Geldmittel vorhanden sind, lassen sich auch schwer Ausbilder motivieren, in die Lager zu kommen.

Die Schulbücher werden auf der Basis algerischen Materials überarbeitet. Als Beispiel sehen wir Material zur Geografie und Geschichte der Westsahara.

Viele Schülerinnen und Schüler und Studierende werden auch in Spanien privat von Familien aufgenommen und unterstützt. Im Sommer kommen die meisten zu Besuch in die Lager zurück. Es werden auch Treffen aller saharaischen Schülerinnen und Schüler und Studierenden in Europa organisiert.

Wer Medizin studiert, tut dies meist in Kuba. In Algerien verteilt das Ministerium die Studierenden auf insgesamt 43 Universitäten.

Eine Arbeitserlaubnis in Algerien erhalten die Saharais allerdings nicht. Die meisten kehren nach ihrem Abschluss in die Lager zurück und bringen sich dort auf ihre Weise in die Organisation des Lebensalltages ein. Die mangelnde Perspektive auf eine politische Lösung des Konfliktes verursacht allerdings größte Frustration.

Kuba vergibt inzwischen keine neuen Stipendien mehr und verlangt künftig 13.000 Dollar Studiengebühren im Jahr.

Bis 1990 haben auch viele Saharais in der DDR studieren können. Diese Programme sind allerdings nach der Wiedervereinigung nicht fortgesetzt worden. Derzeit gibt es nur noch wenige Studierende in Bremen, Hamburg und Leipzig.



Mittelschule

Im nächsten Monat ist der Besuch einer Leipziger Studierendengruppe angesagt, die bei den Saharais arabisch lernen wollen und dafür im Gegenzug deutsch unterrichten. Finanziert wird dieser Austausch durch einen deutschen Kulturverein.

Außerdem organisiert eine ehemalige deutsche Abgeordnete des EU-Parlaments jedes Jahr eine 2 monatige Deutschlandreise für 19 saharauische Schülerinnen und Schüler.

### Gesundheit:

Der Gesundheitsminister schildert uns die vorrangigen Probleme, wie Vitaminmangel, Unterernährung, Anämie und psychische Belastungen durch das Lagerleben.

Die internationalen Hilfen seien um 40 % zurückgegangen. Auch die Flut hat viele Medikamente vernichtet und weitere Umweltverschmutzung verursacht.

Die häufigsten Krankheiten betreffen die Atemwege, die Haut, den Darm, aber vor allem Blutarmut durch einseitige Ernährung.

Es gibt insgesamt sieben Krankenhäuser: jeweils eins in den 5 Wilayas und 2 in den befreiten Gebieten. Ambulante Behandlungszentren gäbe es 29 in den Lagern und 5 in den befreiten Gebieten.

Die 1300 Beschäftigten im Gesundheitswesen erhielten alle kein wirkliches Gehalt. Wenn die Mittel es zuließen, gäbe es manchmal 100 oder 200 Dinar als Anerkennung im Monat.

Der Gesundheitsbereich mache 11,5 % des Gesamtbudgets aus, je nachdem wieviel dort gerade vorhanden sei.

Problematisch sei, dass weder die Schulabschlüsse, noch die Diplome international anerkannt würden.

Sehr hilfreich wäre es, wenn internationale Ärzte für eine Zeit lang in die Lager kommen würden, um das örtliche Personal weiterzubilden. Einmal sei ein deutscher Arzt aus Wolfsburg für einige Zeit im Lager geblieben. Das sei sehr hilfreich gewesen.

### Justiz:

Im Gespräch mit dem Präsidenten des Roten Halbmondes erfahren wir noch einiges über das Justizsystem. Es gibt eine schriftliche Verfassung und einen constitutional council, also eine Art Verfassungsgericht mit 5 Richtern. Davon seien 2 vom Parlament, 2 vom obersten Richterrat und 1 vom Präsidenten der Republik gewählt, bzw. ernannt.

Es gäbe außerdem eine unabhängige Wahlkommission, die auch jetzt wieder aus der Bevölkerung gewählt worden sei, um die Parlamentswahlen vorzubereiten und zu leiten.

### **Dienstag, 19.Januar 2016:**

Am Morgen besichtigen wir die beiden Lagerhallen von Oxfam und World Food Programme. Oxfam liefert frisches Gemüse aus Algerien und organisiert auch die Verteilung auf die Familien. Wir sehen die Listen, in denen die Wilaya und die einzelnen Kommunen mit der Zahl Ihrer Einwohner aufgeführt sind. Danach leben in allen 5 Lagern zusammen 124.000 Personen.





Die Welthungerhilfe liefert u.a. Öl, Getreide, Reis, Milchpulver etc.. Die Verteilung dieser Güter organisiert die Polisario selbst.

Die Container bleiben seit 40 Jahren in der Wüste



### Verein der Minenopfer:

Der Verein hat sich 2005 gegründet und die Unterstützung der Minenopfer zum Ziel gesetzt, sowie die Dokumentation der Schäden. Unsere Gesprächspartner sind allesamt selbst Minenopfer, die selbst überwiegend die Beine, aber auch teilweise Arme verloren haben.

In 40 Jahren der Besetzung haben sie insgesamt 1600 Minenopfer auf dieser Seite des Walls gezählt. Hinzu kommen 400 Opfer auf der anderen Seite.

Der Wall ist durch 100.000 marokkanischen Soldaten bewacht und mit 7 Millionen Landminen gesichert. Wenn diese mit der Sandbewegung verbreitet werden, gefährden sie die saharaischen Nomaden auf beiden Seiten des Walls.

Wird ein Mensch durch eine Mine verletzt und gefunden, dann erfolgt die Erste Hilfe entweder durch die saharaischen Streitkräfte oder die Soldaten der UN Mission MINURSO. Die MINURSO organisiert dann auch den Transport der Opfer nach Tindouf oder je nach Verletzungsgrad nach Algier.

Zurück im Lager brauchen sie dann Unterstützung beim praktischen Leben. Das hat sich der Verein zum Ziel gesetzt. Derzeit haben sie allerdings kaum finanzielle Mittel.

Einige italienische und spanische NGOs haben Krücken und Prothesen gespendet und das Norwegische Außenministerium hat ebenfalls Unterstützung geleistet.

Was sie am dringendsten brauchen, ist Hilfe bei der Reparatur von Prothesen und Autos zum Transport der Opfer.

Mit der Räumung der Landminen war von 2006 -2014 die NGO „Action on armed violence“ beschäftigt. In diesem Zeitraum wurden die sichtbaren, oberflächlichen Minen geräumt. Anschließend wurde auch das Equipment für die kompliziertere Räumung der vergrabenen Minen teilweise vor Ort geschafft – dann aber aus unbekanntem Gründen die Tätigkeit eingestellt.

Sie selbst haben dafür keine Erklärung und fragen sich, warum die Arbeiten nicht fortgesetzt wurden, obwohl doch die teuren Geräte schon vorhanden sind.

Erst auf ausdrückliche Nachfrage teilen sie uns am Ende noch die Bankverbindung des Vereins mit.

Wer spenden möchte, kann überweisen an:

Asoc ASAVIM

Bank: Banque nationale d'algerie

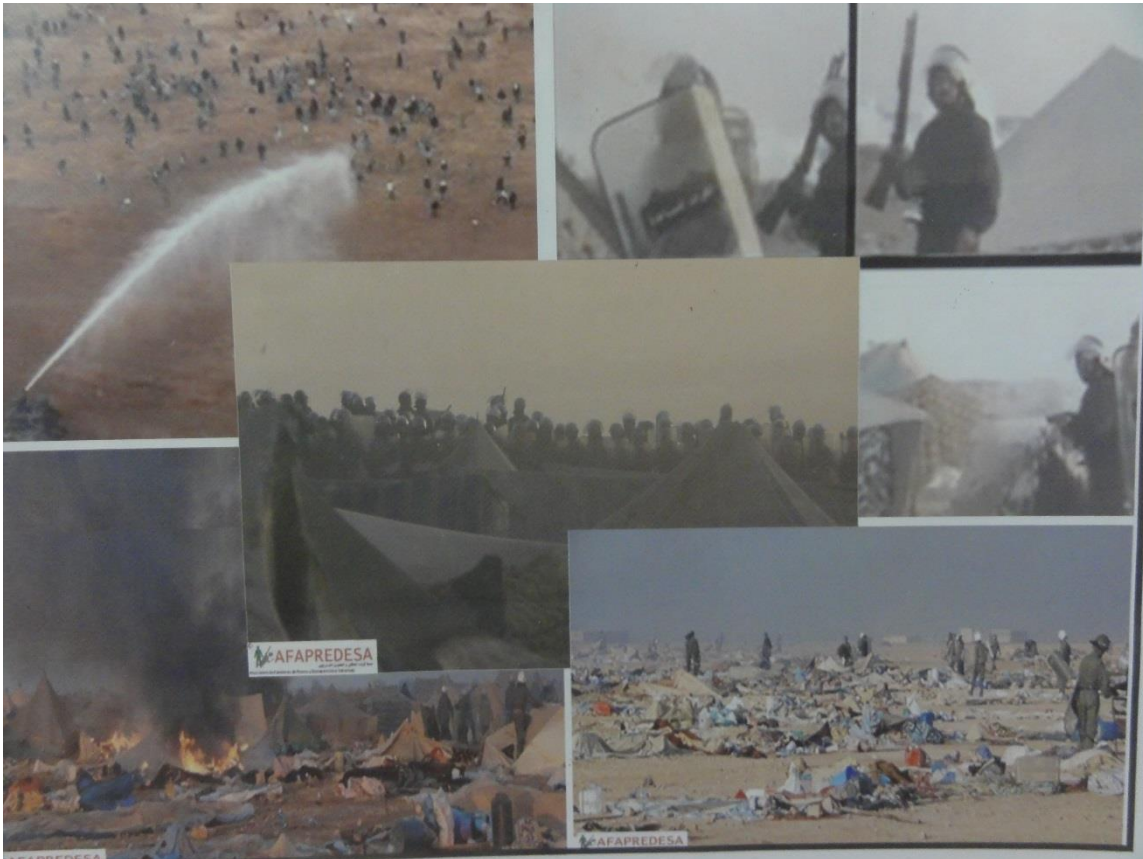
BIC: BNALDZAL IBAN: 001004110200003468 cle'85



### Verein der Familien der Gefangenen oder verschwundenen Saharauis:

Unser eigentlicher Gesprächspartner, der Vorsitzende des Vereins, ist leider verhindert. Die Ausstellung ist mit ihren Bildern von Folteropfern, Verschwundenen und den Erläuterungen allerdings auch so sehr aussagekräftig.

Überraschend für uns sind vor allem die Bilder des Protestcamps von 2010, als tausende Saharauis in den besetzten Gebieten friedlich gegen die Besetzung protestierten und im Dezember 2010 gewaltsam geräumt wurden. Die Meldungen hatten damals zwar auch uns erreicht – die Größenordnung des Camps hatten wir allerdings unterschätzt. Die 22 Organisatoren und Verhandlungsführer wurden bei der Räumung verhaftet und 2014 von einem Militärgericht zu langjährigen Freiheitsstrafen verurteilt. Man wirft ihnen Mord an marokkanischen Sicherheitskräften vor. Das Verfahren vor einem Militärgericht entsprach allerdings nicht ansatzweise internationalen Standards.



Marokkanische Truppen brannten das Protestcamp nieder

Man berichtet uns außerdem von der Entdeckung eines Massengrabes im letzten Jahr auf der östlichen Seite der Mauer, in dem viele der seinerzeit als verschwunden gemeldeten Zivilisten identifiziert werden konnten. Die Marokkaner hatten stets behauptet, die Betroffenen seien in Haft gestorben. Es gab jedoch von dem Massaker aus den 70er Jahren einen kindlichen Augenzeugen, der das Massaker überlebt hatte und immer berichtet hatte, dass marokkanischen Soldaten die Menschen getötet hatten. Den Ort konnte er allerdings nie benennen. Nunmehr haben sich seine Angaben bestätigt.

### Nationale Vereinigung saharauischer Frauen:

Zum Mittagessen treffen wir die Vorsitzende und die Generalsekretärin der nationalen Frauenvereinigung.

Sie vertreten alle saharaischen Frauen in den Lagern, da sie von der gesamten Frauenversammlung, an der jede Frau teilnehmen kann, gewählt worden sind.

Ihr Anliegen ist es, den Anteil der Frauen auch in der Exekutive zu erhöhen. Aber auch hier haben wir Schwierigkeiten herauszufinden, wer denn nun die 4 neu ernannten Ministerinnen im Einzelnen sind.

In einer Wilaya ist auch eine Frau Gouverneurin geworden.

In jeder Kommune gibt es ein Haus der Frauen, in dem sich die Frauen gegenseitig beraten.

Sie berichten von einem Projekt, das Mikrokredite an Frauen vergibt und von einer baskischen NGO getragen wird. Damit erhalten in jeder Kommune insgesamt 4 Frauen 300 Euro für die Gründung einer Unternehmung. Sobald der Kredit zurück gezahlt ist, erhält die nächste Frau diesen Kredit. Die Frauenvertreterinnen wählen die Kreditnehmerinnen nach sozialen Kriterien aus und berücksichtigen dabei vorrangig Witwen und Geschiedene.

Die Frage nach häuslicher Gewalt erstaunt unsere Gesprächspartnerinnen völlig. Davon hätten sie noch nie etwas gehört. Gewalt gegen Frauen gäbe es in ihrer Gesellschaft nicht.

Wir fragen nach dem Scheidungsrecht und erfahren, dass eine Frau keine Möglichkeit hat, sich gegen den Willen ihres Mannes scheiden zu lassen und die Männer das Recht haben, mehrere Frauen zu heiraten. Das sei besonders ein Problem für die Frauen, die nach einer Trennung vom Mann nicht freigegeben würden und dann an dieser Ehe hängen bleiben. Unsere Gesprächspartnerin war selbst davon betroffen, als sie sich von ihrem Mann trennte, weil dieser gegen ihren Willen eine zweite Frau heiratete. Die eigene Scheidung hat sie erst mühsam erkämpfen müssen.

Die Frauen interessieren sich auch sehr, von unserem Leben als Frauen in Deutschland zu erfahren. Die Atmosphäre ist ausgesprochen offen und herzlich!





Mit der Vorsitzenden und Generalsekretärin des Saharaischen Frauenbundes

### Widerstandsmuseum:

Hier finden wir eine umfangreiche Materialsammlung zur Geschichte und Gründung der Polisario in arabischer und spanischer Sprache, die sicher mehr Zeit Wert gewesen wäre. Leider vergessen wir am Ende, die vorhandene englische und französische Übersetzung mitzunehmen.

Zu sehen ist unter anderem die Originalurkunde, mit der sich die verschiedenen Stämme Anfang der 70er Jahre zu einer nationalen Einheit zusammengeschlossen haben.

Viele Bilder der Freiheitkämpfer der ersten Stunde in der typischen Kleidung der 70er Jahre erinnern mehr an Abba oder Jim Morrison als an das, was wir uns unter Wüstenkämpfern vorstellen.

Der größte Teil des Gebäudes ist gefüllt mit Militärfahrzeugen, die im Krieg von den Marokkanern erbeutet wurden. Aber auch Minen und Überreste von Streumunition sind zu besichtigen. Einige der gefundenen Minen lassen als Herstellungsdatum 2001 erkennen, was darauf hinweist, dass Marokko nach wie vor Landminen am Grenzwall verlegt.

In dem einzigen Raum, in dem wir nicht fotografieren dürfen, lagern tausende von Originaldokumenten des marokkanischen Militärs, die im Krieg erbeutet wurden, und mit denen Menschenrechtsverletzungen und Kriegsverbrechen nachgewiesen werden könnten.

So tragen viele der ausgestellten Befehlsdokumente die Unterschrift des marokkanischen Königs persönlich.



Mine: Herstellungsjahr 2001 / Erbeutete marokkanische Militärfahrzeuge

### Wilaya der ehemaligen Frauenschule:

Rund um die ehemalige Frauenschule hat sich inzwischen eine neue 5. Wilaya gebildet, nachdem sich immer mehr Wohnhäuser dort angesiedelt hatten.

Wir besuchen dort eine Filmschule, in der 10-20 Studenten leben und durch einen internationalen Regisseur ehrenamtlich unterrichtet werden.

Es gibt ein hochmodernes Heimatmuseum, in einem Neubau. Die spanischsprachige Ausstellung ist offensichtlich noch neu und nicht ganz vollständig. Es gibt jedoch beeindruckende Exponate von der Steinzeit bis zur Neuzeit.

Wir besuchen zwei kleine Geschäfte, in denen Kunsthandwerk verkauft wird, das allerdings überwiegend aus Mauretanien kommt und nur zum geringen Teil im Lager selbst erstellt wurde. Man kann sogar in Euro bezahlen.

Als letztes besuchen wir eine Nähsschule, wo die Frauen uns ihre selbst gefärbten bunten Stoffe vorführen, aus denen sie die typischen Gewänder binden.



Frauen aus der Nähsschule

### Premierminister:

Am Abend essen wir gemeinsam mit dem Parlamentspräsidenten und dem Premierminister und besprechen noch einmal die politische Lage.

Beide machen sich große Sorgen, wie lange sie die ungeduldige junge Generation noch hinhalten können.

Ohne Druck der internationalen Gemeinschaft auf Marokko, aber auch auf Frankreich wird eine politische Lösung nicht zu erreichen sein.

Die afrikanische Union versucht, sich derzeit wieder mehr einzubringen. Deren Mitglieder haben die Republik Westsahara überwiegend anerkannt, weshalb Marokko die Union verlassen hat.



Sie sind sich sehr bewusst, dass Ihre internationale Unterstützung ansonsten eher geschwächt ist durch den Wegfall von Libyen und zunehmend auch Kuba. Je länger sie den Status quo in den Lagern aufrechterhalten, desto mehr verschiebt sich die europäische Wahrnehmung dahin, dass man doch mit der Situation irgendwie klar komme und andere Krisen drängender seien.

In diesem sehr offenen Gespräch wird uns deutlich, dass die größte Gefahr nicht von der prekären humanitären Lage und der Kürzung der Lebensmittelrationen ausgeht, sondern von der Stagnation des politischen Prozesses.

Sollte es erneut zu bewaffneten Auseinandersetzungen kommen, wäre dies nicht nur zu allererst eine Katastrophe für die Saharais selbst, sondern eine weitere Destabilisierung der gesamten Region.

In der Nacht fliegen wir zurück nach Algier.

### **Mittwoch 20. Januar 2016, Algier**

Zum Frühstück treffen wir in der Residenz des Botschafters den Repräsentanten der Welthungerhilfe in Algerien, Herrn Romain Sirois.

Für die Versorgung der Flüchtlingslager benötigt die Welthungerhilfe monatlich zwei Millionen Dollar, bzw. 22 Millionen im Jahr (?).

Im ersten Halbjahr 2015 schrumpften die Mittel der vier größten Geber rapide zusammen: dabei handelt es sich um die USA, ECHO, Schweiz und Spanien.

So musste man die Lebensmittelrationen zur Jahreshälfte kürzen. Die Flutkatastrophe hätte allerdings auch ihre gute Seite gehabt, das man dadurch einen Sonderaufruf gestartet habe und so am Ende nach der Flut wieder über die Mittel für die volle Lebensmittelration verfügt hätte.

Das sei allerdings ein einmaliger Vorgang gewesen und für 2016 fehlten erneut 12 Millionen Dollar.

Geplant seien nunmehr Maßnahmen zur Entwicklung einer Selbstversorgung. Man wolle den Menschen zunehmend finanzielle Mittel in Form von Guthabekarten zur Verfügung stellen und weniger Lebensmittellieferungen, um einen eigenen Wirtschaftskreislauf anzuregen. Auch wenn die Wüstenregion

selber keine Landwirtschaft ermögliche, könnten schließlich Waren aus Tindouf erworben werden, das in den letzten Jahre sehr gewachsen sei und eine gewisse Infrastruktur aufweise.

Das Projekt sei allerdings politisch heikel, da es die Annahme erkenne lasse, dass die Lager auf unbestimmte Zeit weiter bestehen und keine Rückkehr ins eigene Land zu erwarten sei.

Wir haben allerdings die Sorge, dass die Vergabe von Finanzmitteln statt Lebensmitteln nicht gleichermaßen geeignet ist, die ausreichende Versorgung aller mit Lebensmittel sicher zu stellen. Wo einige ein Geschäft machen könnten, wären andere vom Hunger bedroht.

#### Berater des Außenministers für die Westsahara, Hadj Ali:

Er schildert noch einmal die Blockade der Verhandlungen durch Marokko und durch einige Mitglieder des Sicherheitsrates (gemeint ist Frankreich).

Man hätte u.a. auch ein Vorgehen wie in Ost-Timor vorgeschlagen, aber die Marokkaner hätten alles abgelehnt.

Der algerischen Seite ist es wichtig, den Konflikt nicht als bilaterales Problem zwischen Marokko und Algerien dastehen zu lassen. Das sei leider das Spiel der marokkanischen Seite. Algerien legt größten Wert darauf, die Auseinandersetzung mit Marokko um die Öffnung der Grenzen nicht zu vermischen mit dem Westsahara-Konflikt. Bei letzterem gehe es um die Durchsetzung internationalen Rechts. Algerien habe zwar den Saharais Schutz geboten – man sei aber keinesfalls Konfliktpartei.

Nach dem Grenzkonflikt befragt erklärt er: damals habe Marokko wegen eines terroristischen Anschlags die Grenze geschlossen und alle Algerier ausgewiesen. Dabei seien alle ausgewiesenen Algerier enteignet worden und hätten sämtlichen Besitz dort lassen müssen.

Inzwischen steht der Grenzöffnung vor allem die Gefahr durch den Drogenhandel aus Marokko entgegen. Das Nachbarland sei der größte Cannabis-Produzent überhaupt und das würde erhebliche Sicherheitsrisiken mit sich bringen.

Beim Mittagessen erfahren wir vom Repräsentanten des UNHCR in Algerien, Herrn Alexander Beck, dass es nach wie vor keine Asylgesetzgebung in Algerien gäbe. Der Gesetzgebungsprozess verlaufen sehr intransparent.

Nach wie vor sei der UNHCR die einzige Institution zur Registrierung von Flüchtlingen, von denen es aber offiziell auch nur wenige gäbe.

#### Frauenrechte:

Im Parlament sprechen wir mit der Rechtspolitikerin Yehkour und der Vorsitzenden der Vereinigung der Parlamentarierinnen Larfi über die laufende Gesetzgebung in Sachen Familienrecht und Gewalt gegen Frauen.

Anschließend treffen wir dazu noch die Anwältin Nadia zusammen mit mehreren Kommunalpolitikerinnen.

Im letzten Jahr ist es gelungen im Parlament mehrere Gesetze zu verabschieden, für die die Frauen lange gekämpft haben.



Mit der Anwältin Nadia

Es gibt inzwischen einen neuen Straftatbestand betreffend Gewalt in der Ehe und einen weiteren gegen sexuelle Belästigung in der Öffentlichkeit.

Die Debatten um die Kölner Silvesternacht haben die algerischen Frauen ebenfalls erreicht.

Bei Gewalt in der Ehe ist die Anzeige durch Dritte inzwischen nicht nur möglich, sondern sogar eine Pflicht. Allerdings nur wenn die Gewalt ärztlich attestiert ist. Leider sei es nach wie vor so, dass das Verfahren eingestellt wird, wenn die Frau dem Mann verzeiht und das auch bei schwerer Körperverletzung.

Für geschiedene Frauen gibt es nach wie vor weiteren Reformbedarf. Man hat zwar eine Art Unterhaltsvorschuss für geschiedene Frauen durchsetzen können. Problematisch seien aber nach wie vor die Regelungen zum Sorgerecht, insbesondere bei Wiederheirat der Mutter.

Als Meilenstein wurde die neue Gesetzgebung zum Schutz der Kinder begrüßt. Erstmals wurde eine Verwaltungsstruktur eingeführt, unseren Jugendämtern vergleichbar.

Trotz der Kürze der Gespräche war die Stimmung sehr offen und erfreut. Wir haben uns der gegenseitigen Solidarität über Landesgrenzen hinweg versichert, was zur Motivation auf beiden Seiten beigetragen haben dürfte.

Von der Beratungsstelle geht es direkt zum Flughafen und über Paris zurück nach Hannover.



Gespräch mit Vertreterinnen von Frauenorganisationen